

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telex: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Dr. Eberhard Brecht
MdB zur künftigen Rolle
des Weltsicherheits-
rates: Die UNO-Reform
muß der neuen Lage
gerecht werden.

Seite 1

Dokumentation
Rede des SPD-Vorsit-
zenden Ministerpräsi-
dent Björn Engholm
zum Landtagswahl-
kampf-Auftakt in
Schleswig-Holstein.
(Teil II und Schluß)

Seite 2

47. Jahrgang / 19

28. Januar 1992

Die UNO-Reform muß der neuen Lage gerecht werden Zur künftigen Rolle des Weltsicherheitsrates

Von Dr. Eberhard Brecht MdB

40 Jahre DDR haben in mir fast die Fähigkeit des Träumens erstickt, so sehr habe ich mich durch die scheinbar unabwendbare politische Wirklichkeit domestizieren lassen. Das Jahr 1989 gab mir schließlich meine Träume zurück. Seitdem wehre ich mich wieder und wieder gegen das Argument einer geringen Wahrscheinlichkeit von Utopien, das ich von realpolitischen Bedenkenträgern in der UN-Reformdebatte immer wieder zu hören bekomme. Denn Politik besteht nun einmal nicht in der Kapitulation vor Widerständen, sondern gerade in deren geduldigem Abbau.

Wenn im Antrag meiner Fraktion eine veränderte Zusammensetzung des Sicherheitsrates gefordert wird, so ist dies keine tagespolitische Forderung, sondern eine Vision, deren künftige Verwirklichung angesichts einer veränderten Welt unabweisbar geworden ist: Die USA und im stärkeren Maß Rußland werden - angesichts wachsender wirtschaftlicher und sozialer Probleme im eigenen Land - ihre direkte außenpolitische und militärische Präsenz begrenzen müssen; um ihre Einflußnahme dennoch zu sichern, werden sie bei künftigen Konfliktsituationen verstärkt UN-Optionen präferieren und dabei verstärkt zusammenarbeiten. Die Länder der Dritten Welt, die mitunter von der bipolaren Weltordnung profitieren, befürchten daher die Hegemonie eines nunmehr befriedeten "Weltdirektoriums". Viele Entwicklungs- und Schwellenländer erlebten so den Golfkrieg als Kreuzzug der vereinten Ersten und Zweiten Welt gegen die Dritte.

Wenn diese Befürchtungen nicht ernstgenommen werden, wenn also auch das Gewicht dieser Länder im Weltsicherheitsrat nicht vergrößert wird, ist mit einer Blockierung multilateraler Initiativen durch die Dritte Welt zu rechnen. Schließlich wird auch ein wirtschaftlich so potentes Land wie Japan auf Dauer nicht bereit sein, das Haus der Vereinten Nationen stark zu alimentieren, ohne dessen Wohnzimmer betreten zu dürfen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
with recycled paper
Kreuzing-Perth



Wie könnte eine neue Zusammensetzung des Sicherheitsrates aussehen? Der italienische Außenminister schlug die Größe eines Landes, dessen Bevölkerungszahl und sein Brutto-Produkt als Kriterien für eine permanente Mitgliedschaft im Sicherheitsrat vor. Demnach wären die USA, Rußland, Japan, China, Nigeria, Indien, Brasilien, Kanada oder Australien und schließlich Europa geeignete Kandidaten für einen ständigen Sitz in diesem UN-Gremium.

Die CDU/CSU-FDP-Koalition ist gegenwärtig damit beschäftigt, über die Frage eines ständigen Sitzes des vereinten Deutschlands im Sicherheitsrat zu streiten. Während die CSU-Landesgruppe in ihrem Kreuther Beschluß eine eigene deutsche Stimme zur Wahrung deutscher Interessen erwägt, einige deutsche UNO-Diplomaten diese sogar ausdrücklich fordern, erklären der Bundeskanzler und der Außenminister jetzt endlich öffentlich ihren Verzicht.

Für die SPD sage ich: Wir stehen zu einer gemeinsamen europäischen UN-Politik. Wir treten ein für einen ständigen EG-Sitz im Sicherheitsrat. Auch wenn die Regierungen in London und Paris offiziell auf ihrer ständigen Mitgliedschaft bestehen, so setzt sich doch auf der parlamentarischen Ebene in diesen Ländern langsam die Erkenntnis durch, daß dieses Reflekt der Nachkriegsordnung durch eine Änderung der Charta einer zeitgemäßerer europäischen Option weichen muß. Dies jedenfalls ist mein Eindruck, den ich beim ersten weltweiten Treffen der mit der UNO befaßten Parlamentarier in Tokio gewonnen habe.

Vor einer eher mittelfristigen Charta-Änderung sollte innerhalb der EG ein Mindestmaß an Koordinierung der UN-Politik herbeigeführt werden. Die jüngsten Verstimmungen zwischen Bonn, Paris und London ließen leider Zweifel daran entstehen, ob diese Koordinierung schon praktiziert wird.

Ich weiß: Eine Reform der UNO und insbesondere ein Erneuerung des Sicherheitsrates ist von heute aus gesehen nicht gerade wahrscheinlich. Wenn wir aber die Notwendigkeit einer grundlegenden Reform einmal eingesehen haben, dann dürfen wir als Parlamentarier nicht einfach resignieren und uns auf tagespolitische Geschäftigkeit und Routine beschränken. Unser Antrag zur UNO-Reform, der inhaltlich durch die Stockholmer Initiative weitgehend unterstützt wird, darf als ein solcher Impuls verstanden werden.

(-/26. Januar 1992/rs/ks)

DOKUMENTATION

Björn Engholm: Schleswig-Holstein liegt gut im Wind (Teil II und Schluß)

Der SPD-Vorsitzende, Ministerpräsident Björn Engholm, hat auf der Auftaktveranstaltung zum Landtagswahlkampf der SPD in Schleswig-Holstein am 25. Januar 1992 in Neumünster eine Rede gehalten, die wir im Wortlaut veröffentlichen.

Viertes Beispiel: Soziale Demokratie

Unser soziales Netz hat ein letztes wirklich großes Loch, durch das rund zwei Millionen Menschen fallen, nämlich all jene, die Pflegefälle wurden. Geht es in Bonn weiter wie bisher, dann werden sie auch weiterhin noch oft jahrzehntelanger Arbeit als Taschengeldempfänger behandelt. Das ist nicht die humane Zukunft in Not und Alter, wie wir sie uns vorstellen. Deshalb halten wir unverändert fest an einer raschen Absicherung gegen das Pflegefallrisiko, so wie wir es als Landesregierung unter bundesweiter Zustimmung vorgeschlagen haben. Ein weiteres drückendes Problem ist die Wohnungsnot. Wer einmal eine Wohnung suchte, kann ein trauriges Lied davon singen. Über zwei Millionen Wohnungen fehlen in Deutschland. Geht es in Bonn weiter wie bisher, dann bleibt das Wohnen auch weiterhin allein dem Marktmechanismus

unterworfen, ich sagte einmal: Wie Leberwürste, Kühlschränke oder Kochtöpfe, und daran hat sich bis heute nichts geändert. Dies entspricht nicht unserer Vorstellung von der Würde des Menschen. Wir in Schleswig-Holstein haben gezeigt, was man da tun kann: Im "Wohnungsbau 5000" fördert die Landesregierung zusammen mit der Investitionsbank in diesem Jahr 4.000 Mietwohnungen und 1.000 Eigenheime. Das ist die höchste Förderungszahl seit vielen Jahren, und darauf sind wir stolz.

Ein dritter Punkt ist die wachsende Armut im Lande. Sie ist in bedrückendem Maße gestiegen. Wir meinen: Auch hier muß Bonn das Steuer herumreißen. Zukünftig muß bei jeder Mark, die aus dem Topf der Arbeitslosenversicherung ausgegeben wird, zunächst geprüft werden, ob man sie nicht einsetzen kann zur Schaffung neuer Arbeit, statt zur Finanzierung von Arbeitslosigkeit.

Wir in Schleswig-Holstein haben in der Sozialpolitik getan was wir konnten. Trotz leerer Kassen ist unsere Sozialpolitik bestimmt vom Gedanken der Integration und Solidarität. Sie ist nicht mehr Almosenvergabe wie früher, sondern solidarische Hilfe der Stärkeren gegenüber den Schwächeren.

Ausdruck dafür ist der Bürgerbeauftragte, dessen Tätigkeit davon zeugt, daß wir Gemeinsinn und soziale Zuwendung gegen die Elitenbogengesellschaft setzen. Gegen jene Spatzen-Theorie, nach der dem einen der frische Hafer zusteht, den anderen das, was später hinten herauskommt.

Solidarisch - das Stichwort umfaßt die Älteren im Lande, die aktiv in Seniorenbeiräten mitwirken wie nie zuvor. Solidarisch - das umfaßt die Jungen, die Jugendlichen, die im Programm "Arbeit für Schleswig-Holstein" neue Arbeits- und Qualifizierungschancen fanden. Solidarisch - das gilt auch für die Kinder. Während andere von einem kinderfreundlichen Schleswig-Holstein reden, haben wir schon längst gehandelt. Hier nur ein Vergleich: Die CDU hat 1983 bis 1987 rund 5,4 Millionen DM für Kindergärten bereitgestellt, wir von 1988 bis 1992 sage und schreibe 70,4 Millionen DM.

Fünftes Beispiel: Deutschland und die Welt

Der Wandel in Europa stellt Deutschland vor die Aufgabe, seine Rolle in der Welt selbstbewußt, aber ohne Überheblichkeit neu zu definieren. Dazu gehört für uns eine Neubefebung der Westpolitik. Es darf nicht der Eindruck entstehen, die USA hätten ihre Arbeit in der Vergangenheit geleistet und würden abgeschrieben. Die Vereinigten Staaten bleiben dauerhaft ein stabiler und unverzichtbarer Partner für die Deutschen und für den Westen Europas.

Was wir brauchen, ist eine Neuorientierung der Ostpolitik.

Für das Selbstbestimmungsrecht der baltischen Völker haben wir uns schon eingesetzt, als sich die Bundesregierung noch bedeckt hielt. Inzwischen hat sich die Landkarte verändert. Heute gibt es für die Bundesrepublik vier neue souveräne Nachbarstaaten. Die drei baltischen Staaten und Rußland. Ich sage Nachbarstaaten, denn sie liegen wie wir an der Ostsee, und das Meer trennt nicht, es verbindet. Es sind Nachbarstaaten und Nachbarvölker. Nachbarn hilft man, wenn sie in der Not sind.

Es gibt Regierungsdiplomatie, aber es gibt auch Volksdiplomatie - und sie kann viel bewirken. Und deshalb will ich hier und heute all denen meinen großen Respekt bekunden, die in privaten Initiativen, in den Wohlfahrtsverbänden, aber auch als Privatpersonen in Schulen und Vereinen Medikamente, Pakete und Geld gesammelt und Transporte zusammengestellt haben nach Tallin, Riga und Wilna, nach St. Petersburg und Königsberg und wohin auch immer. Das ist eine großartige Sache.

Jahrzehnte haben die Völker in der schrecklichen Angst eines großen Ost-West-Krieges mit Atomwaffen gelebt. Von dieser Angst sind wir befreit, befreit durch den Sieg der Freiheit im Osten. Im Auflösungsprozeß der Sowjetunion müssen wir uns dennoch große Sorgen machen

über die Kontrolle ihrer Atomwaffenarsenale, und ich füge in Klammern hinzu: Auch über die Sicherung ihrer unsicheren Atomkraftwerke. Aber dieser Auflösungsprozeß, der den Anspruch der Sowjetunion auf einen Supermachtstatus der Geschichte überlassen hat, enthält auch große Chancen.

"Die Ostsee muß ein Meer des Friedens werden", das war viele Jahre lang eine Propagandawand, hinter der aufgerüstet wurde. Warum soll es nicht morgen Realität werden? Auf der europäischen Tagesordnung steht auch die kontrollierte maritime Abrüstung im Ostseeraum. Vielleicht hat ja der Bundesverteidigungaminister dazu mit der Streichung bei den Beschaffungsplänen der Bundesmarine einen ersten unfreiwilligen Beitrag geleistet? Vor dem Hintergrund aktueller Vorgänge sage ich aber ganz deutlich: Die Ostsee ist jetzt erst recht kein Ankerplatz für die russischen Reste der sowjetischen Schwarzmeerflotte. Ich fordere die Bundesregierung auf, der russischen Regierung diese Forderung nachdrücklich zu erklären.

Wir in Schleswig-Holstein haben uns seit Jahren nachdrücklich für die Zusammenarbeit der Ostsee-Staaten engagiert, ich selbst habe vor sieben Jahren eine "Neue Hanse" vorgeschlagen. Heute ist daraus das konkrete Projekt einer regionalen Zusammenarbeit von zehn Staaten und Regionen rund um die Ostsee geworden. Und ich hoffe, daß es morgen Realität sein wird.

Daß man über Ideen wie diese von Dänemark bis Rußland spricht, zeigt: Schleswig-Holstein ist im Norden und Nordosten Europas erstmals ein geachteter Partner: Gut für das Land und seine Zukunftschancen.

III.

Ich habe ein paar Forderungen an die Bundesregierung gerichtet, die nicht auf das Jahr 1994 verschoben werden sollten, bis es in Bonn wieder eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung gibt. Und ich habe aufgezeigt, wie wir in Schleswig-Holstein modellhaft in all diesen Bereichen vorangegangen sind.

Das Amt des Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein ist sicherlich das schönste in Deutschland, aber das Amt des Bundeskanzlers ist wohl doch das wichtigste. Unsichere, unberechenbare Verhältnisse haben wir in der Welt genug, Schleswig-Holstein kann sie nicht gebrauchen. Verlässlichkeit braucht das Land. Das gilt für Politik, Programmatik und Personen. Die SPD Schleswig-Holstein steht für diese Ziele. Auch wenn einer der ihren Bundeskanzler wird.

Auf unserem Parteitag in Harrislee habe ich versprochen, für mindestens drei weitere Jahre bis Ende 1994 als Ministerpräsident zur Verfügung zu stehen, wenn die Wählerinnen und Wähler sich bei der Landtagswahl wieder für unsere SPD entscheiden. Und dabei bleibt es. Und es bleibt auch dabei, daß ich in jeder anderen Aufgabe unserem Land Schleswig-Holstein und seinen Menschen verpflichtet bleibe.

In dieser Woche habe ich eine persönliche Entscheidung getroffen, die Euch allen bekannt ist. Ich wollte damit auch deutlich machen, daß ich nicht den Vorsitz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands übernommen habe, um eine große ehrwürdige Organisation zu verwalten, sondern um an der Spitze meinen Beitrag zu leisten, die SPD auch im Bund wieder zur Regierungspartei zu machen.

Heute richtet sich der Blick nach vorn. Zuerst auf den 5. April. Wir stehen am Anfang eines Landtagswahlkampfes, bei dem wir die parlamentarische Mehrheit behaupten wollen. Ich danke Hans-Ulrich Klose dafür, daß er heute Abend hier ist. Und ich danke ihm und allen anderen, die zu uns kommen werden, für ihre Bereitschaft, uns hier in Schleswig-Holstein aktiv zu unterstützen. Harte Arbeit liegt hinter uns, harte Arbeit liegt vor uns. Wir haben viel in unserem Land geleistet und wir haben uns noch einiges vorgenommen. Am 5. April wollen wir gewinnen. Heute abend wollen wir feiern. Ich freue mich, daß Sie alle hier sind. Feiern wir gemeinsam, und krempeln wir dann gemeinsam und mit vielen anderen am Montag die Ärmel hoch.

Noch 71 Tage bis zur Wahl. Auf in den Wahlkampf. Ab sofort gilt das Kommando: Alle an Deck! Leinen los.

(-/28. Januar 1992/rs/ks)
